

Stille vor dem Sturm

Autor(en): **Koltzem, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **51 (1959)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353912>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schäfte des betreffenden Unternehmens», heißt es in einer Schrift der englischen Arbeiterpartei, «besteht so gut wie nicht mehr. Selbst dann, wenn sie bestände, würde es nicht im öffentlichen Interesse sein, sie auszudehnen.» In einer im Hinblick auf die nächsten Wahlen herausgegebenen programmatischen Publikation der Arbeiterpartei heißt es in diesem Zusammenhang mit einem gewissen Recht: «Da die großen Unterschiede im persönlichen Reichtum allmählich zu verschwinden beginnen, wünschen wir nicht die Entstehung neuer Privilegien, die sich auf die Beherrschung und nicht auf die Inhaberschaft von Unternehmen stützen.»

Die Lösung des Problems der Wiedergewinnung eines erfreulichen und erträglicheren Lebensinhaltes auch im Wirtschaftlichen liegt heute auf andern Gebieten, nämlich in der Gewährung eines guten Lohnes für gute Arbeit und in der Verkürzung der Arbeitszeit: mehr Zeit und mehr Lohn für eine sinnvolle bzw. sinnvollere Freizeitgestaltung! Auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung gibt es genug zu tun: für die Arbeiter selber, ihre Organisationen und die Allgemeinheit! Diese Lösung ist in einer demokratischen Gesellschaft von freien Unternehmen und freien Arbeitern auch deshalb ratsam, weil sie Reibungen zwischen Kapital und Arbeit vermindert, weil sie die Freiheiten und Verantwortungen besser abgrenzt.

Demokratisches Zusammenleben bedeutet Vielfalt und Anpassung. Mitspracherecht und Mitbestimmungsrecht können in einem Falle schöne Verantwortungen gegenüber der Allgemeinheit und im andern Fall Einbußen an wichtiger Freiheit und Bewegungsfreiheit bedeuten. Manchmal wird die persönliche Freiheit den Ausschlag geben müssen und manchmal wird es die höhere Verantwortung sein.

E. F. Rimensberger

Stille vor dem Sturm

Als im Mai dieses Jahres die Gewerkschaften Arbeiter, Angestellten und Beamten der Pariser Verkehrsbetriebe zu einem 24stündigen Proteststreik aufriefen, um Lohnforderungen nachhaltig zu unterstreichen, wurde von der «gleichgeschalteten» Presse der französischen Hauptstadt «vorausgesagt», daß der Streik ein Mißerfolg werden müsse, da die in der Vierten Republik üblichen Methoden des Arbeitskampfes überholt seien und die Gewerkschaften kein Gehör finden würden, da die Arbeitnehmer weitgehend die Maßnahmen der Regierung zur Stabilisierung der Wirtschaft usw. billigen. Die Ueberraschung war dann um so größer. Nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch in den Gewerkschaftsbüros selbst: dem Streikaufruf wurde in einem Ausmaß Folge geleistet, wie es bei den Pariser Verkehrsbetrieben in den vergangenen Jahren selten der Fall war. Das gesamte Transportwesen der französischen Hauptstadt war praktisch lahmgelegt, der erste große Streik der Fünften Republik erfolgreich über die Bühne gegangen. Er hatte bewiesen, daß die

Werkstätigen keinesfalls allen Mut aufgeben und resigniert haben und weiterhin bereit sind, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Anders sah es dagegen mit dem auf den 16. Juni festgesetzten achtstündigen Proteststreik der Eisenbahner aus. Den Eisenbahnern war 1957 von der damaligen Regierung eine Lohnerhöhung von 20 Prozent zugesagt worden, da die Löhne der Eisenbahner wie aller anderen Staatsangestellten und Beamten weit hinter den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen zurückgeblieben waren. Monatelang war mit der neuen Regierung über die Erfüllung dieser alten Versprechungen verhandelt worden. Als die Regierung keinerlei Konzessionen machen wollte, kam es zu Verhandlungen der Eisenbahnergewerkschaften der sozialistischen «Force Ouvrière», der christlichen CFTC und der kommunistischen CGT über eine gemeinsame Aktion. Erstmals kam zwischen den drei Gewerkschaftsverbänden eine Einigung zustande, und der Streik wurde auf den 16. Juni festgelegt. Angesichts der von den Pariser Transportarbeitern bewiesenen Entschlossenheit fürchtete die Regierung nicht zu Unrecht, daß dem Streikaufruf der Eisenbahner im gleichen Ausmaß gefolgt werden würde und das gesamte Eisenbahnnetz des Landes lahmgelegt werden könnte. Die bereits durch den Metrostreik stark angeschlagene Regierungspropaganda, nach der die Mehrheit der Werkstätigen einer Störung des sozialen Friedens feindlich gegenüberstände und die Regierungsmaßnahmen unterstütze, wäre durch einen Generalstreik der Eisenbahner völlig unglaubwürdig geworden. Der Streik mußte deshalb unter allen Umständen verhindert werden. Als die Streikaufrufe erfolgten, schlug die Regierung umgehend zurück, wobei die Befürchtung, daß bei der gegenwärtigen Unzufriedenheit über die Sozialpolitik andere Arbeiterklassen ebenfalls ihrem Unmut Ausdruck verleihen könnten, nicht zuletzt eine Rolle spielte. Sie erklärte, daß Dienstverpflichtungen der Eisenbahner mit allen Konsequenzen wie Entlassung und Gefängnis für Zuwiderhandelnde, angeordnet würden. In der Tat erschienen in den Bahnhöfen bereits Aushänge mit «Dienstverpflichtungsbefehlen», wobei die Androhung harter Geld- und Gefängnisstrafen nicht vergessen wurde. Die Gewerkschaften hatten sich zu entscheiden, ob sie es zu einer Kraftprobe kommen lassen sollten, die zweifellos Auswirkungen auf die andern Zweige der öffentlichen Dienste gehabt hätte. Sie zogen es jedoch vor, den Streik abzublasen gegen das Versprechen der Auszahlung einer geringen Produktivitätsprämie. Ueber Lohnerhöhungen soll Ende des Jahres verhandelt werden.

Erstmals hatte die Regierung damit von den neuen Verordnungen Gebrauch gemacht, die praktisch darauf hinauslaufen, jede Ausstandsbewegung in den öffentlichen Betrieben wie Eisenbahn, Post oder in den vom Staat verwalteten Wirtschaftszweigen wie Elektrizität und Gas, Bergwerke usw. abzuwürgen. Die anfangs des Jahres

von den Gewerkschaften gehegten Befürchtungen hatten sich erfüllt. Die neuen Bestimmungen der Dekrete über die Neuordnung der französischen Verteidigung (mit dem «Nationaldienst» — Service national), insbesondere die Absätze, in denen Sondermaßnahmen für den Fall angedroht werden, daß die normale Regierungstätigkeit durch außergewöhnliche Umstände beeinträchtigt oder die Wirtschaft des Landes gestört würde, waren bei einem Streik angewendet worden. Auch ohne ein direktes Streikverbot auf dem öffentlichen Sektor, das im vergangenen Jahr wiederholt von reaktionären Kreisen gefordert wurde, wurden also den Staatsangestellten und -beamten Hände und Füße gebunden.

Neben diesen markanten Ereignissen — dem erfolgreichen Pariser Verkehrstreik und dem abgeblasenen Eisenbahnerstreik — könnte der Nichteingeweihte den Eindruck erhalten, daß ansonsten an der sozialen Front in Frankreich Ruhe herrsche. Wenn auch die Presse heute nur an versteckter Stelle — oder gar nicht über Ausstände berichtet, so heißt das doch nicht, daß mit dem neuen Regime nun plötzlich die Ruhe eingekehrt sei. Im Gegenteil. In den letzten Wochen kam es in verschiedenen Landesteilen und Wirtschaftssektoren zu größeren und kleineren Streikbewegungen. So in der Textilindustrie, Metallindustrie, der chemischen Industrie und den Werften. In Süd- und Mittelfrankreich waren die Auseinandersetzungen zum Teil so hart, daß die bestreikten Betriebe tagelang von den Arbeitern besetzt gehalten wurden. Neben den Forderungen auf Lohnerhöhungen spielten hier nicht zuletzt oftmals die Forderungen auf Wiedereinstellung von Arbeitern eine Rolle, die im Rahmen von Reorganisationsmaßnahmen oder aus Mangel an Aufträgen auf die Straße gesetzt wurden. In der Tat hat sich die Anzahl der Erwerbslosen in den letzten Monaten im Vergleich zum Frühjahr verringert, ist die Lage in einer Reihe Industriezweige wieder besser geworden, eine gewisse Wiederbelebung eingetreten. Am stärksten betroffen vom Rückgang sind heute noch die Häute- und Lederwarenindustrie, die Nahrungsmittelwirtschaft und ein Teil der Textilindustrie. Zwar macht sich in diesen Industriezweigen im Vergleich zur kritischen Lage der Winter und Frühjahrsmonate eine leichte Besserung ebenfalls bemerkbar, und die Zahl der Kurzarbeiter ging zurück. Die entlassenen Arbeitskräfte konnten jedoch nur zum Teil wieder eingestellt werden. In andern Industriezweigen trat eine saisonbedingte Belebung ein. So in der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen, Automobilen, Motorrollern, Haushaltgeräten u. ä. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die vorübergehende Wiederbelebung einzelner Wirtschaftszweige in den bevorstehenden Wochen ein rasches Ende nehmen könnte. Befürchtungen werden insbesondere in der Automobilindustrie laut, die heute praktisch kaum noch über gefüllte Auftragsbücher verfügt. Obwohl hier bereits einige — meist allerdings geringe — Kürzungen der wöchent-

lichen Arbeitszeit erfolgten, wird erwartet, daß nach Ende der Urlaubsperiode zum Teil drastische Einschränkungen notwendig werden. Die Produktionskapazitäten wurden allgemein so ausgeweitet, daß heute bei der gesunkenen Kaufkraft der Löhne und Gehälter und der zunehmenden Lasten, die auf den Automobilen liegen, ein steigender Inlandabsatz kaum erwartet werden kann, wobei auch der Ausweg einer Exportzunahme nicht ausreicht, da auch hier gewisse Grenzen gesetzt sind. Macht sich, wie allgemein erwartet, in der Automobilindustrie eine Schrumpfung bemerkbar, werden bedeutende Auswirkungen auf andere Industriezweige eintreten, da die Automobilindustrie in Frankreich — wie auch in anderen Ländern — als eine «industrie pilot» gilt.

Weitere Sorgen hängen über der Werkzeugmaschinenindustrie. Hier sind die Bestellungen praktisch aufgearbeitet. Obwohl bisher kaum oder nur geringe Arbeitszeiteinschränkungen vorgenommen wurden, muß in den kommenden Wochen mit größeren Verkürzungen gerechnet werden. Was die Kohlenbergwerke angeht, ist die Lage in Frankreich weniger brennend als etwa in Belgien oder der Bundesrepublik. Doch auch in Frankreich beginnen sich die Kohlenhalden zu türmen. Dies einmal infolge des allgemeinen Wirtschaftsrückganges, jedoch auch als Folge der zunehmenden Verwendung von Schwerölen anstelle von Kohle in der Industrie, Stromproduktion usw. Die Lage wird sich verschärfen, sobald das aus Laqc in Südwestfrankreich kommende Naturgas das Pariser Industriebecken erreicht hat. Gegenwärtig hat die Pipeline, die das Naturgas der Pariser Industrie nahebringen wird, bereits die weitere Umgebung der Hauptstadt erreicht. Bereits in diesem Winter ist mit dem Verbrauch dieses neuen Energiemittels im Pariser Industriebecken zu rechnen. Schließlich sei noch die Krise in der Schiffbauindustrie erwähnt, die infolge der abgesunkenen Frachtsätze bereits zu zahlreichen Annullierungen von Aufträgen führte und Entlassungen insbesondere in südfranzösischen Werften sowie in Westfrankreich nach sich zog.

Auch die gewisse Wiederbelebung in einer Reihe von Wirtschaftszweigen im Hinblick auf die Stagnation des Frühjahres konnte jedoch nicht dazu führen, die Verluste der Arbeiter wieder wettzumachen. Nirgends wurde die wöchentliche Arbeitszeit wieder auf den Stand gebracht, wie es etwa im Herbst oder Winter vergangenen Jahres der Fall war. Da die gesetzliche Arbeitszeit in Frankreich 40 Wochenstunden beträgt, konnten durch die zahlreichen Ueberstunden die Budgets in vielen Arbeiterfamilien — wenn auch auf Kosten der Gesundheit der Werkstätigen — im Gleichgewicht gehalten werden. Seitdem die vielen Ueberstunden der Vergangenheit angehören, mußten die Riemen enger geschnallt werden. Es ist ein bedeutsames Zeichen, daß in Frankreich u. a. der Verbrauch an Fleisch und Wein zurückging, da diese beiden Nahrungsmittel zu

den Hauptnahrungsmitteln des Landes gehören. Abgesehen davon trugen jedoch auch die langsamen, aber stetigen Preissteigerungen auf allen Sektoren des täglichen Lebens zu einer weiteren Minderung der Kaufkraft bei. Bei den Lebensmitteln stiegen die Preise der Hauptnahrungsmittel durch den Wegfall zahlreicher staatlicher Subventionen an, erst dieser Tage erhöhte sich der Brotpreis erneut (zum dritten Male seit dem vergangenen Jahre). Auch bei anderen Gütern, wie Textilien, Schuhen usw., zogen die Preise an; ganz abgesehen von dauerhaften Wirtschaftsgütern, wie etwa Radios, Kühlschränke, Waschmaschinen usw., obwohl hier und bei anderen nicht genannten die Luxussteuer im Frühjahr gesenkt wurde, da die entsprechenden Wirtschaftszweige durch den Produktionsrückgang besonders stark betroffen wurden. Als Folge des Wegfalls von Ueberstunden einerseits und des Preisanstiegs andererseits sank die Kaufkraft der Löhne seit Anfang dieses Jahres nach den Berechnungen der Gewerkschaften zwischen 5 und 6 Prozent, seit 1½ Jahren um 12 Prozent ab. Infolge der Verschlechterung der Sozialleistungen wurden andererseits den breiten Massen trotz der sinkenden Kaufkraft der Löhne und Gehälter neue Lasten aufgebürdet. Wenn man bedenkt, daß etwa – um zu den Staatsangestellten zurückzukommen – ein Briefträger heute ein Anfangsgehalt von 27 597 Fr., plus Wohnungszuschuß 8516 Fr., plus Risikoprämie 3750 Fr. erhält (nach oben aufgerundet etwa 360 sFr. insgesamt), und ein solcher nach 24 Dienstjahren mit allen Zuschlägen mit rund 480 sFr. nach Hause geht, kann bei den gegenwärtigen Preisen leicht ausgerechnet werden, in welchem Ausmaß sich die Lebenshaltung der Lohnbezüger verschlechtert hat. Obwohl nur ein geringer Teil der Arbeiter nach den gesetzlichen Mindestlohnansätzen bezahlt wird (was etwa einem Monatslohn von rund 280 sFr. entspricht), kann allgemein gesagt werden, daß auch bei der Masse der Arbeitnehmer – zumal keine Lohnerhöhungen mehr zugelassen wurden und die in den Kollektivverträgen vorgesehenen automatischen Lohnerhöhungen beim Ansteigen der Lebenshaltungskosten außer Kraft gesetzt wurden – ebenso wie bei den Staatsangestellten langsam die Geduld zu Ende geht. Zwar ist gegenwärtig an der sozialen Front, mit Ausnahme der bereits erwähnten örtlich begrenzten Streiks keine große Bewegung vorhanden, nicht zuletzt, weil die im September zu Ende gehende Urlaubsperiode für Arbeitskämpfe sowieso ungeeignet ist. Es kann jedoch mit Sicherheit erwartet werden, daß das Klima gegen Ende September sich bedeutend ändern wird. Die Regierung, die für den Monat Oktober ein «Rendezvous» mit den Gewerkschaften verabredet hat, um die Lohnfragen zu behandeln, bemüht sich bereits heute darum, durch entsprechende Verlautbarungen die Erwartungen auf weitgehende Lohnerhöhungen zurückzuschrauben. Zwar wird sie nicht umhinkönnen, den gesetzlichen Mindestlohn zu erhöhen, schon weil im kommenden Monat der Lebenshal-

tungskostenindex die entsprechende Alarmmarke überschritten haben wird. Sie wird jedoch versuchen, die darüber hinausgehenden Lohnforderungen soweit wie möglich abzuwürgen. Die Argumente sind dabei nach wie vor die alten: die Sanierungsmaßnahmen der französischen Wirtschaft vertragen keine weitgehenden Lohnerhöhungen, da sie dann völlig in Frage gestellt werden, die Währung erneut gefährdet wird usw. Ob sich die Masse der Werktätigen, die sich über ein Jahr lang relativ still hielt, erneut von diesen «Argumenten» überzeugen lassen wird, bleibt mehr als fraglich, zumal sie in den vergangenen Monaten Gelegenheit hatte, sich davon zu überzeugen, daß diese «Sanierung» fast ausschließlich auf ihrem Rücken geschieht.

Die Gewerkschaften haben bereits klar zu verstehen gegeben, daß sie nicht bereit sind, sich weiterhin mit leeren Worten abspeisen zu lassen. Die Tatsache, daß es bei dem abgeblasenen Eisenbahnerstreik zu einer Allianz der drei Gewerkschaftsverbände CGT-FO, CFTC und CGT kam, gibt zu denken. Das Zustandekommen einer Einheitsfront der großen Gewerkschaften ist um so wahrscheinlicher, als der «Druck von unten» sich im Laufe der nächsten Zeit verstärken wird und es sich bei den Gewerkschaftskongressen etwa der christlichen CFTC und der freigewerkschaftlichen CGT-FO zeigte, daß die Kräfte der Linken stärker geworden sind, die abgesehen von allen weltanschaulichen Fragen zu einer Einheitsfront mit der von den Kommunisten geleiteten CGT bereit wären. Ob die Zeit bereits dazu reif ist, und insbesondere zu größeren Aktionen, wird sich zeigen. Die Niederlagen, die die Gewerkschaften hinnehmen mußten, als die 4. Republik unter dem Druck der Putschisten von Algier zusammenbrach, als sich das «neue Regime» installierte usw., haben eine allgemeine Schwächung der Arbeiterbewegung mit sich gebracht und zahlreiche Werktätige an ihrer Kraft zweifeln lassen. Ein zunehmendes Absinken des Lebensniveaus, eine weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit, eine Weiterführung der «Sozialpolitik», wie sie die gegenwärtige Regierung versteht, werden zwingend dazu führen, daß die «Zeit des Stillehaltens» zu Ende geht. Die machtvolle Willenskundgebung der Pariser Transportarbeiter hat zu einem Neubesinnen auf die eigene Stärke geführt, das auch durch den Abbruch des Eisenbahnerstreiks nicht beeinträchtigt werden konnte. Noch herrscht Ruhe an der sozialen Front in Frankreich. Das Thermometer steht jedoch auf Sturm. Mit welcher Stärke er ausbrechen wird, wird sich in den kommenden Wochen zeigen.

Fritz Koltzem, Lyon.

Gesellschaftswissenschaft und Geschichte

Der deutsche Philosoph Heinrich Rickert stellte in den zwanziger Jahren die Lehre auf, daß man in der Wissenschaft grundsätzlich